

Die Bundesregierung hat in Afghanistan alle Gebote eines geordneten Rückzugs verletzt, weil sie von Anfang an keine Vorstellung von der Tiefe der Krise des Landes hatte. (Doppel-Essay)

Der Afghanistan-Schock

21. August 2021, Gerd Held

Tagelang, ja wochenlang, als der Rückzug der westlichen Allianz aus Afghanistan längst beschlossen war, hat es die deutsche Bundesregierung unterlassen, diesen Rückzug mit militärischen Mitteln zu organisieren. Man muss kein Militär-Experte sein, um zu erkennen, dass ein solcher Rückzug eine der gefährlichsten Operationen ist, weil man hier besonders schwach und anfällig ist. Der Feind im Vormarsch kann hier leicht alle Initiative an sich reißen, wenn er schnell Schlüsselposition besetzt und rücksichtslos von seinen Waffen Gebrauch macht, und wenn sich im eigenen Lager eine Haltung des Abwartens oder gar der Schicksals ergebenheit durchsetzt. Deshalb ist es besonders wichtig, Rückzugskorridore mit sicheren Sammelplätzen festzulegen und die Tore für das Verlassen des Landes (Grenzorte, Flugplätze, Seehäfen) mit starken militärischen Kräften zu sichern (und weiträumig zu sichern, wenn man im Fall Afghanistan am Flughafen von Kabul sieht). So ist die militärische Stärke der ausschlaggebende Faktor für einen gelingenden Abzug, die kritische Mindestvoraussetzung. Es ist genauso, wie zu Beginn einer Auslandsmission, wo auch das Militär die ersten Schritte angesichts der meistens unklaren Machtverhältnisse dort machen muss. Diese gefährliche Unklarheit gilt auch beim Rückzug gegenüber einer vorrückenden Macht, auf deren Zurückhaltung man nicht bauen kann, und die oft zur Willkür neigt. Um diese Macht noch für ein gewisse Zeit in Schach halten zu können, ist eine erhöhte militärische Präsenz nötig. Wer das in Denken und Tun ignoriert, will in Wirklichkeit vom Militär und seinen Schutzaufgaben prinzipiell nichts wissen. Die deutsche Bundesregierung hat gezeigt, wie fremd sie der Bundeswehr gegenübersteht. Und wie sehr hier ein Grundmisstrauen gegen jede Schlüsselrolle militärischer Stärke besteht.

Ein Wort wird in Umlauf gesetzt

Was in diesen Wochen und Tagen geschehen und nicht geschehen ist, ist noch nicht aufgeklärt, aber schon jetzt sind eklatante Unterlassungen unübersehbar: Es gibt keine Rückzugskorridore im Land, obwohl die systematische Eroberung der Provinzen und Provinzhauptstädte durch die Taliban schon vor Wochen begonnen hat. Kabul ist gefallen und der Flughafen, der das Haupttor nach draußen ist, ist von den Taliban vollständig und eng eingekesselt, sodass sie es in der Hand haben, wer dorthin gelangt und wer nicht. So sind Tausende deutsche Staatsbürger und afghanische Mitarbeiter schutzlos zurückgelassen worden, und man kennt größtenteils nicht mal ihren jetzigen Aufenthaltsort. Sie wurden praktisch zu Geiseln in den Händen der neuen Machthaber.

In dieser Lage eilt nun die Bundesregierung an die Mikrophone, um die Öffentlichkeit von ihrem Mitgefühl zu unterrichten und dann, vor allem, um einen bestimmten Satz in Umlauf zu bringen: „Wir haben uns verschätzt“. So langsam sie im Handeln vor Ort war, so schnell ist sie dabei, eine bestimmte Sprachregelung durchzusetzen: Damit versucht sie, vor jeder Aufklärung, schon die Deutungsmacht über die Vorgänge zu gewinnen. Indem sie alles zu einer Frage der „Einschätzung“ macht, verkleinert sie das Monströse ihrer Fehlentscheidungen. Sie

will die Notwendigkeit eines militärischen Schutzes im Grundsatz sehr wohl gewusst haben, und sie will auch den Willen, diesen Schutz herzustellen, im Grundsatz gehabt haben – aber dann hat sie sich bloß irgendwie „verschätzt“. Sie gibt einen „Fehler“ in ihrem Handeln zu, aber nicht die falsche Grundhaltung, die die ganze Linie ihres Handelns bestimmt hat. Das schämliche Versagen beim Rückzug soll auf keinen Fall als Konsequenz einer politischen Grundposition dieser Regierung sichtbar werden.

Der Vorbehalt gegen alles Militärische

Dabei liegt der Zusammenhang eigentlich auf der Hand. Die Bundesregierung versagt in einem Moment, wo das militärische Handeln für die Rettung von Menschenleben entscheidend ist - weil sie die militärische Seite ihrer Afghanistan-Mission von Anfang an kleingeredet und verdrängt hat. Weil sie diejenigen, die auf diese Seite hingewiesen haben und gefordert haben, dieser Wahrheit ins Auge zu sehen, sogar in die Nähe des Rechtsextremismus gerückt hat. In Afghanistan von Krieg zu sprechen, war ein Tabu. Deutschland sollte in der Rolle des Entwicklungshelfers auftreten. Und die Entwicklungshilfe sollte vor allem eine „Bildungsoffensive“ sein. Es ist ja in diesen Tagen oft davon die Rede, dass in Afghanistan die Idee eines „nation building“ durch Intervention von außen gescheitert ist. Das ist sehr wahr. Aber diese Wahrheit gilt nicht nur für militärische Interventionen, sondern auch für Bildungs-Interventionen. Im Grunde greift diese Form des Nationenbaus von außen ja noch umfassender und intimer in die Zivilisation eines Landes ein. Und diese Form ist in Afghanistan auch gescheitert, wenn man bedenkt, wie leicht dem islamistischen Fundamentalismus die Rückeroberung gefallen ist.

Berthold Kohler hat diese Erkenntnis in einem Leitartikel in der FAZ (17.8.2021) in zwei Sätzen resümiert: *„Nicht allein Amerika scheiterte in Afghanistan. Auch am deutschen Wesen ist es nicht genesen.“*

Eine „deutsche Idee“ (I)

Es ist ja wahr, dass auch andere Länder den Rückzug verschleppt haben und nicht frühzeitig alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel dafür mobilisiert haben. Aber die Idee, es gehe in Afghanistan um einen pädagogischen Einsatz, diese überhöhte „Bildungsidee“ ist eine spezifisch „deutsche“ Idee. Und sie wurde auch so ins Schaufenster gestellt – in Abgrenzung zur Haltung anderer Länder, insbesondere gegenüber den USA.

Es gehört zur Grunderfahrung der heutigen Weltpolitik, dass die Repräsentanten Deutschlands sich in der Rolle einer zivilen Weltmacht gefallen und mit dieser „weichen Macht“ zu punkten versuchen. Sie wollen um jeden Preis harte Zusammenstöße und Blut an den Händen vermeiden. Sie wollen – siehe Militäreinsätze im Nahen Osten – allenfalls Beobachtungsaufgaben und Ausbildungsaufgaben übernehmen, bei denen es keine bösen Bilder gibt. Sie wollen die Guten sein. Und zugleich die Besser-Wissenden: Denn die deutsche Bildungsidee als weltpolitischer Grundsatz wird tritt mit der Behauptung auf, auf diese Weise würden die „tieferen Ursachen“ aller aktuellen Krisen „bekämpft“. So war und ist es auch in der Migrationskrise seit 2015.

Eine „deutsche Idee“ (II)

Wenn hier auf eine „deutsche Besonderheit“ hingewiesen wird, ist gleichwohl eine Präzisierung wichtig. Zum einen sind es natürlich nicht alle Deutschen, die so ticken. Es gibt hierzu-lande Gott sei Dank viele vernünftige und praktische Leute. Es ist ein bestimmter Sektor der Gesellschaft, der sich in dieser Rolle einer Welt-Bildungs-Macht gefällt und von dieser höheren Warte auch auf andere Menschen und Länder herabsieht. Dieser Sektor scheint in

Deutschland aber einflussreicher zu sein als in anderen Ländern. Aber es gibt ihn in anderen Ländern auch, und die Idee, dass die heutige Welt durch „soft power“ regiert werden könnte, und dass das Militär eine im Grunde veraltete und „zu harte“ Einrichtung ist, ist in diesen Ländern auch verbreitet.

Der Realitätsschock

Das Wort von der „Fehleinschätzung“ verführt zu dem Glauben, dass es in Afghanistan um eher kurzfristige politische Stimmungen und Bewegungen geht. Doch hier hat sich eine trügerische Grundstabilität in Nichts aufgelöst. Es gibt einen Realitätsschock. Plötzlich sind wir gezwungen, die afghanische Nation in einem ganz anderen Licht zu sehen. Sie ist heute durch Zersplitterung, durch frei flottierende Gewalt und durch Apathie gekennzeichnet – ihr Zustand ist vielleicht sogar kritischer als vor 40 Jahren. Die Intervention stellte eine völlig künstliche Situation, eine Blase her, die es erlaubte, alle Verantwortung – für das eigene Leben, für die Familie oder für die Nation – auf die fremden Kräfte abzuwälzen. Und den kritischen Zustand zu übersehen. Wieso eigentlich hat die deutsche Politik bei all dem tiefschürfenden „Ausbilden“ nicht gemerkt, dass die Bereitschaft der Ausgebildeten, für ihr Land zu kämpfen, gleich Null war? Gibt so etwas wie Bildungs-Blindheit? Gewiss wird unter den militärischen und zivilen Kräften der Afghanistan-Mission der Zweifel am eigenen Tun gewachsen sein. Aber die Lage hat sich noch schneller zugespitzt.

Aber das heißt nicht, dass diese Interventionen „Schuld“ sind an Zersplitterung, Gewalt und Apathie. Die Interventionen haben den Ernst der Lage nur verdeckt. Die jetzigen Schuldzuweisungen an den Westen verdecken auch nur den Ernst der Lage. Die Ursachen reichen viel tiefer in den Alltag mit seiner elementaren Knappheit in einem von der Grundausstattung sehr armen Land. Und dann ist da eine Entwicklung, die in ihrer grundlegenden, die Gesellschaft umstürzenden Bedeutung noch gar nicht in unserer Wahrnehmung angekommen ist: Im Jahr 1980, zu Zeiten der russischen Besatzung betrug die Bevölkerungszahl 13,3 Millionen, 2020 waren es unfassbare 38,9 Millionen. Eine Verdreifachung, in diesem extrem kargen Land! Für das Jahr 2050 werden 64,7 Millionen prognostiziert. Man kann unter diesen Umständen eigentlich nicht mehr von einer afghanischen Nation sprechen. Das ist in unserer heutigen Welt nicht der Regelfall, aber kein Einzelfall. Solche Verhältnisse sind in großen Teilen Afrikas und in einigen Regionen Asiens oder Süd- und Mittelamerikas gegeben. Die Redlichkeit gebietet es, offen auszusprechen, dass es hier keine schnelle Lösung gibt.

Vor allem: Es gibt sie nicht von außen. Die völlige Maßlosigkeit von Bevölkerungsentwicklung, Gewalt und Apathie kann nur von innen gebrochen werden. Das Maß kann nur aus eigener Verbundenheit mit dem Schicksal des Landes gefunden werden. Erst dann kann man ernsthaft von einer Nation-Werdung sprechen. Dieser geschichtliche Haltlosigkeit Afghanistans wurde von der internationalen Intervention, ob zivil oder militärisch, gar nicht bearbeitet. Diese Realität wurde nicht mal berührt. Sie konnte gar nicht von der Intervention berührt werden. Aber nun ist die Haltlosigkeit schlagartig zum Durchbruch gekommen. Und die Machtergreifung der Taliban ändert daran nichts, sondern setzt sie nur fort.

Die verdeckte Seite der „großen Herausforderungen“

Doch auch die internationalen Organisationen und die besonders von westlichen Ländern betriebene Globalpolitik ist strukturell unfähig, diese Realität zu ändern. Sie schwebt viel zu weit darüber, um sie überhaupt wahrzunehmen. Sie wurde ja von den aktuellen Ereignissen und der Stimmung im Lande völlig überrascht. Ihre Missionen und Projekte, die immer mit dem Gestus der „großen Herausforderung“ vorgetragen werden, und immer Teil einer weltweiten „großen Transformation“ sein sollen, bilden offenbar gar kein Motiv, nun die jeweils besondere Realität eines Landes wahrzunehmen. Das „nation building“ will Nationen als his-

torisch gewachsene Größen gar nicht wahrhaben. Es ist mehr ein Polit-Werbeslogan. Die Afghanistan-Mission sollte etwas Umfassenderes und Höheres sein. So wurde sie vage und praktisch gar nicht zu handhaben. Das große Ziel stand in keinem Verhältnis zu den Mitteln. Es gab keine präzisen Kriterien für eine kritische Überprüfung der Resultate. Man hat die größten Ziele an die Wand gemalt und die schönsten Perspektiven eröffnet. Und gleichzeitig war man auch im Ausmalen der größten Katastrophen-Szenarien sehr erfinderisch. Auch dieses globale Warnen verstand man als Ausdruck einer höheren Moral und eines umfassenderen Wissens. So hat die Politik unserer Gegenwart eine Scheingröße erreicht, wie es die Geschichte der Menschheit noch nicht gesehen hat.

Diese Politik der Scheingröße hat einen Nebeneffekt, den ihre Protagonisten nicht an die große Glocke hängen, aber den sie doch nicht ungerne sehen: Denn mit ihr entfernt man sich von den vielfältigen Widrigkeiten und Mühen, die in jeder konkreten Realität vorhanden sind. Man ist also jene nächstliegenden Aufgaben, die weniger vorzeigbar sind, sondern bisweilen schmerzhaft und mit „bösen Bildern“ verbunden. Meistens ist ihre Bearbeitung auch ziemlich zäh und langweilig. Dagegen kann man den großen und fernen Zielen von vornherein bescheinigen (ganz ohne vorliegende Leistungen), dass sie „sehr ehrgeizig“ seien. Und man kann auch ohne weiteres behaupten, dass alles „auf einem guten Weg“ sei. So werden die „großen Herausforderungen“ im Handumdrehen zu einem großen Alibi.

Der Alibi-Mechanismus

Es ist schon oft darauf hingewiesen worden, dass große, weltumspannende Rettungsprojekte eine Hybris darstellen, also eine Grenzüberschreitung der Menschen beim eigenen Eingreifen. Ebenso ist auf die Hysterie hingewiesen worden, die bei manchen Beschwörungen einer Weltkatastrophe am Werk ist, also eine Grenzüberschreitung in der Reaktion auf Gefahren. Es sind sozusagen Verirrungen im Großen, und es ist richtig, dem heute entgegenzutreten. Aber die mögliche Alibi-Funktion dieser Verirrungen ist bisher kaum zur Sprache gekommen, obwohl da vielleicht die verheerendsten Auswirkungen zu finden sind. Denn sie lenken ab von anderen, näherliegenden Krisen, deren Lösung unter Umständen wichtiger, aber mühevoller ist. Das Projekt eines großen Weltumbaus könnte also einen ganz banalen, schäbigen Zweck erfüllen: Er gestattet es, sich vor den wirklichen Problemen zu drücken. Dieser Zweck muss den Beteiligten gar nicht immer bewusst sein. Er kann auch ganz blind zustande kommen, als willkommene Nebenwirkung sozusagen. Wo das Große und Zukünftige in den Vordergrund tritt, wird das Begrenzte und Gegenwärtige zweitrangig. So heißt es dann „Fridays for future“ statt „Bleibe im Lande und ernähre dich redlich“.

Das Alibi ist geplatzt

Die „große Afghanistan-Politik“ des Westens ist ein Musterbeispiel für diesen Alibi-Mechanismus. Hier war die Diskrepanz zwischen den großen Zielperspektiven und den kleinen Handlungsrealitäten vor Ort besonders eklatant. Trotzdem wurde es über viele Jahre hinweggenommen, dass sich Anspruch und Wirklichkeit immer weiter auseinanderentwickelten. Doch nun ist das Alibi geplatzt. Diese „große Afghanistan-Politik“ ist jetzt krachend und mit schlimmen Opfern zusammengebrochen. Der Realitätsschock ist da. Es ist höchst, auch anderswo die fiktive Größe der herumgeisternden „Global Governance“ zu entzaubern.



Im Zuge der Globalisierung schien alles überall machbar. Nach dem Afghanistan-Schock ist klar, dass Entwicklung nur möglich ist, wenn sie von den inneren Kräften eines Landes getragen wird.

Von der Unabhängigkeit zur Selbstverantwortung

1. September 2021, Gerd Held

In Afghanistan hat die Globalisierung einen Krieg verloren. Denn um nichts anderes handelt es sich, wenn innerhalb weniger Wochen und Tage eine Ordnung zusammenbricht, die über 20 Jahre hin mit hohem materiellen und kulturellen Aufwand von einer Allianz westlicher Staaten – im festen Glauben, etwas Kluges und Gutes zu tun – aufgebaut worden war. Dieser Zusammenbruch, der eine Kapitulation ohne größeren Widerstand war, hat offenbart, wie trügerisch das Gebilde war, das im Zuge eines internationalen „nation building“ entstanden war. Eigentlich müsste dieser Vorgang eine politische Auseinandersetzung über die Grundlagen der heutigen Entwicklungspolitik zur Folge haben. Denn hier hat offenbar eine längere Fehlentwicklung stattgefunden, und zwar eine **innere Fehlentwicklung** in Afghanistan, die nicht nur bestimmte politische Eliten betrifft, sondern tiefer in die Gesellschaft reicht. Sie betrifft auch das Wirtschaftsleben und die ganze Daseinsweise der Bevölkerung. Es liegt also eine Krise in der zivilisatorischen und institutionellen Entwicklung vor. Diese Krise ist kein afghanischer Sonderfall. Sie ist in dem Kreis der Länder, die im 20. Jahrhundert ihre politische Unabhängigkeit erkämpft haben, häufiger anzutreffen. Aber sie ist in der „Dritten Welt“ auch nicht der Regelfall, sondern es gibt viele Länder und ganze Weltregionen, die ihre Entwicklung besser gemeistert haben.

Deshalb führt auch die pauschale Schuldzuweisung, die verheerende Entwicklung Afghanistans sei ein Erbe des Kolonialismus und würde durch die erzwungene Beendigung der Intervention gelöst, in die Irre. Die Schuldzuweisung lenkt von den inneren Ursachen ab. Sie will nicht der historischen Tatsache ins Auge sehen, dass die gewonnene politische Unabhängigkeit in vielen Ländern der „Dritten Welt“ zunächst Kräfte freigesetzt hat, die gar kein Verhältnis zu den Realitäten dieser Länder haben. Und die deshalb den Schritt von der Unabhängigkeit zur Selbstverantwortung noch gar nicht getan haben. Deshalb besteht die grundlegende Aufgabe der internationalen Beziehungen in dieser Situation darin, die Unabhängigkeit dieser Länder ernst zu nehmen und sie auf den historischen Schritt zur sozialen Selbstverantwortung zu verweisen.

Ein völlig unverhältnismäßiges Wachstum der Bevölkerung

Ein Phänomen macht diese innere Problematik eigentlich unübersehbar: das rasante Bevölkerungswachstum, das in den Krisenländern nach der Unabhängigkeit eingesetzt hat, und das völlig entkoppelt vom Stand der Wirtschaft, der Produktivität, der Infrastrukturen und der sozialen Institutionen – insbesondere der Geschlechterrollen und der Familienstrukturen – geschah. Dies Wachstum ist zur Hypothek für viele der jungen Staaten geworden, insbesondere in Afrika und im Nahen und Mittleren Osten. Aber auch in einzelnen Ländern Süd- und Ostasiens und in Süd- und Mittelamerika ist das der Fall. So konnte die positive Errungenschaft der Unabhängigkeit gar nicht ihre Früchte tragen. Das rasante Bevölkerungswachstum

fürte aber auch zur Auflösung älterer sozialer Bindungen und Zusammenhänge. Ausländische Beobachter sprechen häufig und oft nicht ohne Bewunderung von der „unglaublich jungen Bevölkerung in den Straßen der Großstädte“ (die Altersgruppen unter 25 Jahren stellen die Mehrheit der Bevölkerung). Aber sie erkennen nicht, dass es sich um eine entwurzelte, fragmentierte Bevölkerung handelt, die (vorschnell) das Land verlässt, ohne städtische Arbeitsmärkte, Wohnungsmärkte und Möglichkeiten zur Familiengründung zu haben. So gleichen die Großstädte eher großen Sammellagern einer Passivbevölkerung, und entsprechen überhaupt nicht dem Vorbild einer bürgerlichen urbanen Aktivgesellschaft, das Europäer vor Augen haben. Diese Bildung einer entwurzelten Passivbevölkerung in den Städten und die Verödung des Landes durch den Exodus in die Städte hat dazu geführt, dass die säkularen politischen Eliten, die in den Unabhängigkeitsbewegungen noch die Führung hatten und zunächst über lange Jahre die Regierung stellten, durch islamistische Kräfte ersetzt wurde. Aber es ist durchaus möglich, dass die Bevölkerungsdynamik auch die islamistischen Regime überfordert - ohne dass deren Scheitern schon automatisch eine Wende zum Besseren bringen würde.

Schlüsselprobleme der Selbstverantwortung

Es ist schwer zu sagen, auf welchem Weg und in welchen Zeiträumen diese Entwicklungskrise überwunden wird. Aber einige Eckpunkte lassen sich schon markieren:

- Die Bedeutung der eindeutigen Zuordnung von Verantwortung. Verantwortliche Einheiten mit eindeutigen Verfügungsrechten und Haftbarkeiten muss es sowohl auf der Ebene einer gesamten Nation als auch auf der lokalen Ebene und auf der familiären Ebene geben.
- Die Bedeutung der ländlichen Regionen und der Landwirtschaft.
- Die Bedeutung größerer territorialer Märkte (Produkte, Arbeitskräfte), elementarer Infrastrukturen (Verkehrssysteme, Wasserversorgung, Schulwesen) und niedrigschwelliger Industrien.
- Die Bedeutung eines rudimentären, flächendeckenden Sicherheits- und Rechtsstaates
- Die Bedeutung einer weltbezogenen Orientierung, damit das „eigene Land“ (und nicht personale Herrschaft und Stammesverbände) überhaupt als Schlüsselgröße erscheinen kann.

Es kommt also darauf an, die Ära der Neuzeit für die Entwicklungsländer elementarer zu sehen, und für sie **eine eigene historische Etappe** mit eigenen Normen zu akzeptieren, statt sie an einem globalen Einheitskanon zu messen, der de facto nur der Kanon der weiter entwickelten Länder ist. Man muss sich auch darauf einstellen, dass viele Entwicklungsländer – insbesondere angesichts der Bevölkerungsentwicklung – vor einer Phase sehr langsamer Fortschritte mit langen Durststrecken und schmerzhaften Rückschlägen stehen. Diese Entwicklungs-etappe wird in mancher Hinsicht auch tragische Züge haben. In diesem Zusammenhang kann es hilfreich sein, in die eigene Realgeschichte Europas und der westlichen Welt zu schauen. Was geschah in den Jahrhunderten der frühen Neuzeit, vor den großen sozialen und politischen Umwälzungen?

Globalisierungs-Glaube statt Entwicklungs-Forschung

Noch bis in die 1990er Jahre gab es eine durchaus offene, wissenschaftliche Entwicklungsdebatte, die sich auf die Unterschiede zwischen Nationen bezog. Hier stellte man die Frage, warum der Durchbruch zu einer modernen Ordnung in Europa stattfand, und nicht anderswo. Welche Voraussetzungen spielten dabei eine Rolle? In Bezug auf Entwicklungs- und Schwellenländer wurde gefragt, warum bestimmte Nationen erfolgreich sind und andere weniger. Und warum manche Nationen sogar scheitern. Es ging also um **die nationale Frage**. Bei die-

ser Frage ging es nicht um irgendein naturgegebenes „Wesen“ von Völkern, sondern um zivilisatorische und institutionelle Sachverhalte. Und nicht um Biologie („Rassen“), sondern um geschichtliche Tatsachen. Nur als Beispiele seien hier einige Werke angeführt:

D.C.North/R.P.Thomas (1973), *The Rise of the Western World*; D.C. North (1988), *Theorie des institutionellen Wandels*; D. Landes (1998), *Wohlstand und Armut der Nationen*; D. Acemoglu/J.A.Robinson (2012), *Warum Nationen scheitern*.

Doch diese konkrete Entwicklungsforschung ist seit geraumer Zeit vom Weltbild der Globalisierung verdrängt worden. Gab es Probleme, so musste es sich um Fehler im globalen System handeln. Ihre Lösung wurde daher immer auf ein globales Spielfeld verlegt, das nur Gesamtlösungen oder gar nichts erlaubt (die „eine Welt“). Alles war nun „Weltinnenpolitik“. So wurde jeder selbstkritische Lernprozess im Innern eines Entwicklungs- oder Schwellenlandes schon im Ansatz zerstört. Souveränität wurde entwertet.

Es ist bezeichnend, dass bei dem ganzen Gerede von globalen Krisen um das so elementare Problem des rasanten Bevölkerungswachstums in den Entwicklungsländern ein großer Bogen gemacht wird. Klimaleugner? Viel wichtiger wäre es, die **Bevölkerungsleugner** ins Visier zu nehmen, die vor dem Ruin vieler junger Staaten die Augen verschließen. Und das Bevölkerungsproblem verweist auf die innere Ordnung der Entwicklungsländer. Für eine effiziente Verantwortung der Folgen des eigenen Handelns ist die globale Ebene viel zu weitläufig. Zu leicht verlieren sich die Spuren der eigenen Entscheidungen. Hingegen ist schon viel gewonnen, wenn es beim Handeln und Entscheiden der Familien einen Bezug zu den begrenzten Mitteln der eigenen Nation und zu ihren Sozialsystemen gibt. Ein Wille zur Anpassung an knappe Mittel kann sich nur bilden, wenn eine Gesellschaft gemeinsame Schicksalsfragen wahrnehmen kann. Nur so - aus der Unausweichlichkeit einer Real-Situation und nicht bloß durch einen pädagogischen Appell von außen - kann Selbstverantwortung erwachsen.

Die Alibi-Debatte über „Kolonialismus“ und „Rassismus“

Vor diesem Hintergrund **wird** deutlich, welche katastrophale Blindheit in jenen westlichen akademischen Kreisen ausgebrochen ist, die heute die Diskussion über die Entwicklungsprobleme des Südens als Diskussion über „Kolonialismus“ und „Rassismus“ führen wollen. Als hätte es kein 20. Jahrhundert gegeben, in dem die Kämpfe um nationale Unabhängigkeit in der Dritten Welt erfolgreich waren. Die aktuellen Probleme sind ja aufgetreten, nachdem die Länder unabhängig geworden sind. Eine neue, „zweite“ Abrechnung mit dem Kolonialismus bringt die Lösung dieser Probleme keinen Millimeter weiter. Es handelt sich um einen Schauprozess und eine Alibi-Veranstaltung. Man ersetzt das Entwicklungsthema, bei dem doch so vieles zu untersuchen und zu erörtern wäre, durch ein Schuld-Thema. Man fordert eine „Wiedergutmachung“, die den Blick nach außen lenkt, und von den inneren Problemen der jungen Staaten ablenkt.

Die „große Transformation“ ist eine Luftbuchung

Seit dem Afghanistan-Schock ist erst knapp ein Monat vergangen. Aber die kritische Überprüfung des „Nation building“ und die Frage, was denn stattdessen geschehen soll, ist schon wieder von der Tagesordnung verschwunden. Die Verwaltungsroutinen der Globalpolitik, mit ihren „Geberkonferenzen“ und ihrer „Migranten-Steuerung“, haben das Feld besetzt. Mehr noch: Bei den großen „Krisen“ und „Rettungen“ (Migration, Klima, Corona) wird schon wieder eifrig globalisiert. Wieder heißt es „Globale Probleme müssen global gelöst werden“. Welch naive Gleichsetzung von Problem und Lösung. Als hätte man noch nie gehört, dass dann, wenn weit verbreitete Probleme aufwendige materielle und institutionelle Hebel der Lösung erfordern, räumlich begrenzte Einheiten notwendig sind – nur so kann der Aufwand für diese Hebel bewältigt werden. Dies Gesetz hat sich gerade wieder in Afghanistan bewahr-

heitet. Wo es keine eigenen verantwortungsfähigen Institutionen gibt, kann man sie nicht von außen herbeizaubern. Und wo das Bevölkerungswachstum nicht von innen eingehgt wird, verzehrt es selbst die elementarste Kapitalbildung. Die „große Transformation“ unseres Planeten ist eine Luftbuchung. Sie wird einmal als bizarre Fußnote in die Geschichte der Moderne eingehen.

Und der „Green Deal für Afrika“?

Nun wird, durchaus mit guten Gründen, erwogen, den Militäreinsatz in Mali abzubrechen. Die Voraussetzungen vor Ort sind so prekär wie in Afghanistan. Aber gleichzeitig läuft ein EU-Programm, das präventiver nicht sein könnte. Die EU-Kommission hat ein Milliarden-Programm beschlossen, das nicht nur für ein einzelnes Land gilt, sondern gleich für einen ganzen Kontinent: den „Green Deal für Afrika“. Frei nach dem Motto: Wenn ich vor Ort nicht mehr weiterweiß, wähle ich einfach einen Weltenkreis. Am 17. August 2021 erschien in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ein Bericht von Hendrik Kafsack unter dem Titel „Afrika soll das Kohlezeitalter überspringen“. Man traut seinen Augen nicht. Während aus vielen Teilen Afrikas eine zunehmende Instabilität gemeldet wird, und es in der Energieversorgung die verschiedensten Mischsysteme gibt, und man Mühe hat, wenigstens die Zuflucht zur Holzverbrennung einzuschränken, will die EU dem Kontinent ein ganz neues Zeitalter mit einer grünen Energie-Monokultur verordnen. Mit der sogenannten „Afrika-EU-Initiative für grüne Energie“ sollen Investitionen in erneuerbare Energie gefördert werden, die „Menschen wie Unternehmen Zugang zu bezahlbarer Energie verschaffen“. Weiter heißt es in dem Bericht: „Mindeststandards sollen sicherstellen, dass in Afrika nicht mehr wie bisher Geräte mit bestenfalls zweitklassiger Energiebilanz verkauft werden.“ Die „erstklassigen“ Geräte kommen natürlich aus Europa, und das klingt nicht nach „bezahlbar“. Es muss durch EU-Subventionen in den Markt gedrückt werden. Zugleich soll ein gesamtafrikanischer „Strombinnenmarkt“ geschaffen werden, „der sich stark am EU-Strombinnenmarkt orientiert“. Wie ein so riesiges Verbundsystem stabilisiert und gesichert werden kann, ist völlig offen – man denke nur an die Schwierigkeiten, die es dort schon bei der Stromversorgung einzelner Länder gibt. So verwundert es nicht, dass der FAZ-Journalist auch von einer „Skepsis der Afrikaner“ berichtet: „Die Afrikaner sehen im europäischen Green Deal und nicht zuletzt in der geplanten CO₂-Grenzabgabe durchaus so etwas wie versteckten Protektionismus.“ Die Grenzabgabe soll ja Import-Waren in die EU, die mit Energie aus fossilen Trägern hergestellt wurden, teurer machen. Die EU-Kommission bildet sich offenbar ein, sie könne Afrika ihr (bisher nur auf dem Papier existierendes) „grünes“ Energiesystem auferlegen – während sie sich gleichzeitig überall zurückzieht, wo Krieg und Bürgerkrieg drohen. Hier wird die Globalisierung zum schnöden Betrug. Und unsere „Europäer“ glauben, das würde niemand merken.

(Die beiden Texte dieses Doppel-Essays erschienen in meiner Kolumne bei „Tichys Einblick online“ am 22.8. und 3.10.2021; bei „Die Achse des Guten“ in drei Teilen am 4.9., 5.9. und 6.9.2021)